

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für Landwirtschaft und alle anderen Stände des Wilsdruffer Bezirks



Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 4 Uhr. Verkaufspreis monatlich 2,- RM. Bei Abnahme von 100 Exemplaren 1,80 RM. Zusätzl. Postgeb. Einzelnummern 10 Pf. Alle Verhältnisse und Postwechselungen sind zu berücksichtigen. Geschäftsstelle, nehmen zu gegen. Im Falle anderer Verhältnisse ist die Geschäftsstelle zu benachrichtigen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Abonnementpreis: die 12 monatige Wilsdrufferzeitung (40 mm breit) 7 RM. Die 2 monatige Wilsdrufferzeitung (40 mm breit) 20 RM. Die 3 monatige Wilsdrufferzeitung (40 mm breit) 50 RM. Die 6 monatige Wilsdrufferzeitung (40 mm breit) 100 RM. Die 12 monatige Wilsdrufferzeitung (40 mm breit) 200 RM. Die 12 monatige Wilsdrufferzeitung (40 mm breit) 200 RM. Die 12 monatige Wilsdrufferzeitung (40 mm breit) 200 RM.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rostfen behördlicherseits bestimmte Blatt

Nr. 89 — 93. Jahrgang Telegr.-Adr.: „Tageblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Dienstag, den 17. April 1934

Sensation in Paris.

Frankreich im allgemeinen und die Pariser im besonderen werden bis über beide Ohren in dem unübersehbaren Niefenstand, der sich an den Namen Stavisky und seine höchsten Gönner knüpft. In die Erregungen um diesen Skandal trägt jetzt die Nachricht, daß in einem Pariser Vorort, am Rande des schönen Waldes von Fontainebleau, in einer einsam gelegenen Villa die alte bolschewistische Revolutionsgröße Leo Trotzki entsetzt worden ist. Er heißt bekanntlich mit seinem richtigen Namen Braunstein und ist, wie fast alle maßgeblichen Männer des bolschewistischen Russland aus der Zeit von 1917, Jude.

Die Angelegenheit hat den überaus peinlichen Beigeschmack, daß kein Mensch in Frankreich, ja nicht einmal die Pariser Presse oder, wie man aus den Pariser Zeitungen schließen muß, die französische Regierung selbst eine Ahnung davon hatte, daß dieser routinierte Umstürzler da unmittelbar vor den Toren der französischen Hauptstadt eine höchst gemeingefährliche Tätigkeit ausübte. Den eigentlichen Anlaßeffekt bekam dieser neueste Skandal aber erst durch die Feststellung, daß Herr Trotzki auf Grund einer völlig einwandfreien Aufenthaltsgenehmigung in Frankreich war, und diese Aufenthaltsgenehmigung ist von keinem anderen ausgeht als von dem im Dezember 1933 amtierenden Innenminister Chaumont. Die Pariser Presse, allen voran der „Matin“ und das „Echo de Paris“, schlägt denn auch einen Höllenlärm, fragt in heller Empörung, wie Herr Chaumont dazu gekommen ist, ausgerechnet den von allen Kulturstaaten abgelehnten Trotzki in der Nähe von Paris aufnehmen zu lassen, und verlangt nunmehr seine sofortige Ausweisung und darüber hinaus die Ausweisung aller russischen Emigranten überhaupt, gleichviel welcher Färbung.

Die Erregung der Pariser über das russische Aufwachen, das ihnen Herr Chaumont in so merkwürdiger Heimlichkeit da ins Nest gesetzt hat, ist durchaus begründet. Trotzki-Braunstein, der heute 57 Jahre alt ist, zählt zu den berühmtesten Bolschewisten. Er wurde schon im Jahre 1905 von der zaristischen Regierung wegen seiner revolutionären Umtriebe nach Sibirien verbannt. Seitdem er von dort entkam, war er einer der Totengräber des zaristischen Regimes in Russland, fand sich in dem bekannten Züricher Kreis der russischen Revolutionäre ein, eilte 1917, als die Zeit für ihn reif zu sein schien, nach Moskau, und stürzte zusammen mit Lenin die linksdemokratische Übergangsregierung Kerenski (auch Herr Kerenski, Rechtsanwalt seines Zeichens, lebt seit Jahren in Paris). Als Leiter des außerpolitischen Kommissariats wurde Trotzki sehr schnell zum mächtigsten Mann neben Lenin. Seine größten Dienste leistete er aber Sowjetrußland durch die Reorganisation des russischen Heeres. Der ungeheuren Energie, mit der Trotzki diese Aufgabe betrieb, verdankte die Sowjetregierung den siegreichen Vorstoß des russischen Heeres bis vor die Tore der polnischen Hauptstadt Warschau, wo, wie erinnerlich, das Schicksal der Verschlagnung Lenins nur durch das Eingreifen einer französischen Militärmission verhindert wurde. Trotzki vermochte sich ungeachtet aller Anfeindungen auch noch kurze Zeit über den Tod Lenins hinaus zu halten und wurde erst im Frühjahr 1929 nach erbittertem Ringen um die Allein herrschaft von dem fast überlegenen Kaulasser Stalin, dem Nachfolger Lenins, in die Verbannung geschickt.

Die Welt erlebte dann eine wahre Komödie, als der feige Kerenski sich für Herrn Trotzki, als er, schließlich aus Rußland ausgewiesen, sich am Wesporn, also auf dem russischen Gebiet, niederließ. Die Komödie ging so weit, daß sich im Jahre 1929 linksdemokratische und marxistische Kreise zu tränenreichen Artikeln über den „armen verfolgten Flüchtling“, ja sogar bis zu Briefen an den damaligen Reichskanzler verfügten, die das Verbot für den russischen Revolutionär ausgerechnet im schwebend gefährdeten Deutschland verlangten.

Aus jener Zeit, als Herr Trotzki also in einer Villa in Paris, hat eine Leibwache von vier Mann um sich und verweilt, wie die Polizei feststellte, in dieser einsamen Villa enorme Mengen elektrischen Strom, dem ganzen Hause brennen sieht. Man vermutet, daß der revolutionäre Khaschaber aus Moskau bereits die Überschwemmung von Paris mit den bolschewistischen Erbrüderer vorbereitet hatte. Auf alle Fälle ist die gegenwärtige französische Regierung Doumergue-Barthou Chaumonts in eine höchst fatale Lage gebracht, und man darf gespannt sein, wie sie diesen immer noch sehr aktiven Sprengkörper da aus dem Walde von Fontainebleau wieder loswerden wird, — ohne daß sich vielleicht noch weitere unangenehme Überraschungen ergeben.

Deutschlands Antwort an England in der Frage des Wehrhaushalts.

Im Unterhaus bekanntgegeben. Im Londoner Unterhaus wurde jetzt der größere Teil der deutschen Antwortnote auf die neuerliche englische Anfrage über die Erhebung der deutschen Flotten-, Militär- und Lufthaushalte in Umlauf gesetzt. Der Inhalt der Veröffentlichung ist wie folgt: Wie aus dem kürzlich veröffentlichten Reichshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1934/35 hervorgeht, ist der Haushalt für das Heer auf 654,6 Millionen Reichsmark festgesetzt worden, was gegenüber dem vorjährigen Haushalt eine Vermehrung von 172 Millionen Reichsmark bedeutet. Diese Mehrausgaben sind erforderlich für die im Haushaltsjahr 1934/35 vorgesehenen Vorbereitungen für die Umwandlung des Reichsheeres in eine Armee mit kurzer Dienstzeit.

Die Aufnahme der Haushaltsmittel für diesen Zweck ergibt sich aus dem Stande der Verhandlungen über die Abrüstungsfrage. Die Ausgaben des Marinehaushalts sind mit 236 Millionen Reichsmark angelegt worden, was gegenüber dem letzten Jahr eine Vermehrung von etwa 50 Millionen Reichsmark bedeutet. Diese Mehrausgaben sind durch die ansteigenden Kosten für die systematische Erneuerung des längst überalterten Schiffsmaterials der deutschen Flotte begründet, dessen Ersatz teilweise schon aus Gründen der Sicherheit der Besatzung nicht noch länger hinausgeschoben werden kann. Der Haushalt des Luftministeriums kann nicht als Rüstungshaushalt angesehen werden. Er besteht aus einem Luftfahrt haushalt und einem Luftschulhaushalt. Die für die Luftfahrt vorgesehenen Ausgaben betragen 160 Millionen Reichsmark, während in dem Haushalts des letzten Jahres für diesen Zweck etwa 77 Millionen Reichsmark vorgesehen waren. Die Erhöhung findet ihre Begründung in dem Erfolge des veralteten Flugzeugmaterials der deutschen privaten Luftverkehrsgesellschaft (Luft Hansa), die wie in anderen Ländern staatlich subventioniert ist, wobei es sich hauptsächlich um den Ersatz der einmotorigen durch zwei- bis dreimotorige Flugzeuge handelt, ferner darin, daß bei der Luft Hansa zur Besserung der Verkehrsbedingungen der Streckenflug auch im Winter durchgeführt und der Nachtverkehr erheblich erweitert werden soll. Durch die letztere Maßnahme werden erhebliche Ausgaben für erhöhte Flugsicherung, Ausbau des Besenerungsnetzes und des funktentelegraphischen Weilverfahrens notwendig. Außerdem ist die Erhöhung durch die Förderung des Aerodynamischen Luftverkehrs und der wissenschaftlichen Forschung auf dem Luftfahrtgebiet veranlaßt. Die Ausgaben für Luftschulung betragen sich auf 50 Millionen RM. In den Haushalts des letzten Jahres waren für diesen Zweck nur 1,3 Millionen RM vorgesehen, weil damals die Organisation des Luftschulwesens sich erst im ersten Anfangsstadium befand. Die neuorganisierte Organisation hat den Schutz der Zivilbevölkerung gegen Luftangriffe zur Aufgabe; ihre Tätigkeit besteht in dem Bau von Splitter- und gasdichten Kellern, der Ausbildung von Entgiftungstrupps, der Förderung des Feuerlöschwesens, der Ausbildung von Pachttrupps (Barn-, Infanterie- und Entgiftungstrupps) und anderen ähnlichen Maßnahmen. gez. Neurath.

Die Aufgaben des Amtes für Rechtsbetreuung.

Das in Hamburg gegründete Amt zur Rechtsbetreuung des deutschen Volkes hat die Aufgabe, im nationalsozialistischen Sinne eine Rechtsbetreuung für alle Volksgenossen vorzunehmen. Damit unterscheidet sich seine Aufgabe sehr wesentlich von der Arbeitsweise bisher schon bestehender, scheinbar ähnlicher Organisationen, wie z. B. den kommunalen Rechtsauskunftsstellen und Beratungsstellen, die im übrigen im Zuge der Neuordnung des Rechtslebens aufgelöst werden sollen.

Das Amt für Rechtsbetreuung, das im ganzen Reich seine Niederstellen einrichtet, wird seine Auskunftsstellen im Sinne der üblichen Paragrafenauslegung betreiben, sondern es wird versuchen, aus der neuen Rechtsansicht des Nationalsozialismus dem einzelnen Volksgenossen den Sinn der Rechtsgrundsätze nahezubringen. Deshalb werden die reichs- und parteiamtlichen Auskunftsstellen nicht nur von fachkundigen Juristen geleitet werden, sondern vor allem von Juristen, deren Zuverlässigkeit im Sinne der vom Nationalsozialismus betriebenen Rechtserneuerung gewährleistet ist. Sie haben damit eine wichtige treuhänderische Aufgabe für das neue deutsche Recht zu erfüllen. Aus diesem Bestreben zur grundlegenden Rechtserneuerung ergibt sich auch die Aufstellung der Winkeladvokaten und ebenso aller anderen Auskunftsstellen für juristische Fragen, die nicht im Sinne der nationalsozialistischen Rechtsbetreuung arbeiten.

Die Rechtsauskunftsstellen, die von der Deutschen Arbeitsfront eingerichtet worden sind, und die auch im Gelebe zur Ordnung der nationalen Arbeit berücksichtigt wurden, bleiben aber erhalten, denn hier handelt es sich um ein Spezialgebiet. Die anderen Rechtsberatungsstellen von Verbänden oder Unternehmungen werden entweder in die NS-Rechtsbetreuung eingegliedert, oder, wenn sie hierfür nicht geeignet sind, aufgelöst werden, mit Ausnahme solcher, die ein Spezialfachgebiet bearbeiten.

Trotzki im Kraftwagen „geflüchtet“.

Mit unbekanntem Ziel aus Paris abgereist. Der ehemalige russische Volkskommissar Trotzki, dessen Aufenthalt in einer Villa in der Nähe von Paris überraschend bekannt wurde und der französischen Presse Veranlassung gab, energisch gegen die Erstellung der Aufenthaltsgenehmigung zu protestieren, hat jetzt in Begleitung seiner Frau den Ort Paris verlassen. Trotzki ist im Kraftwagen mit unbekanntem Ziele abgereist.

Der Reichskanzler vom „Deutschland“ Besuch zurückgekehrt.

Reichskanzler Adolf Hitler traf an Bord der „Deutschland“ wieder in Wilhelmshaven ein. Der Reichskanzler fuhr vom Hafen aus zum Wilhelmshavener Sandflugplatz, von wo er nach Berlin zurückflog.

Der Kanzler ehrt Admiral Raeder.

Persönlicher Glückwunsch zur Feier des 40jährigen Dienstjubiläums des Admirals. Anlässlich der Feier des 40jährigen Dienstjubiläums des Chefs der Marineleitung, Admirals Dr. e. h. Raeder, erschien als erster Reichskanzler Adolf Hitler, um Admiral Raeder unter Überreichung seines Bildes die herzlichsten Glückwünsche auszusprechen. Ferner überbrachten der Reichswehrminister sowie zahlreiche Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden Admiral Raeder ihre Glückwünsche. Der Oberbürgermeister von Kiel überreichte dem Chef der Marineleitung den Ehrenbürgerbrief der Stadt Kiel.

Großgrundbesitzer stiften Bauernhöfe.

Ein nachahmenswertes Beispiel. Freiherr von dem Busche-Döbtingen, Graf Grote-Breesche im Bruch und Freiherr Grote-Schnega, drei Großgrundbesitzer aus dem Elbekreis Dannenberg, richteten an den Reichsbauernführer, H. Walther Darré, nachstehendes Telegramm: „In Erkenntnis der Wichtigkeit der Neubildung deutscher Bauernstämme stellen wir Ihnen von unserem im Kreise Dannenberg-Elbe, Provinz Hannover, gelegenen Grund und Boden drei Adernahrungen unentgeltlich zur freien Verfügung.“

Zur Begründung ihres Vorgehens erklärten die Großgrundbesitzer: „Wir sind der Meinung, daß die weitere Entwicklung des Bauernstammes nicht nur durch den Staat, sondern auch durch freiwillige Mitarbeit des unversicherten Großgrundbesitzes mit aller Kraft vorwärtsgetragen werden muß. Wir geben uns der Hoffnung hin, daß dieser Schritt Verständnis in der Öffentlichkeit und Nachahmung finden möge.“